

Liebe Schülerinnen und Schüler, liebe Eltern, liebe Lehrerinnen und Lehrer,  
liebe an Bildung Interessierte!

Beeindruckende 166 Seiten hat das "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen, des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes und weiterer Vorschriften", mit dem im Wesentlichen die Mittelschule eingeführt wird. Wer sich mit der Lektüre einen gemütlichen Abend auf dem Sofa machen will, kann es von der Website des Kultusministeriums herunterladen. Für die anderen hier ein paar Anmerkungen.

- + Teure Mittelschule
- + Lehrer-Lotsen
- + Die Förderstunde
- + Der leidige Übertritt
- + Besser Deutsch lernen

### **Teure Mittelschule**

---

Der Staatsregierung ist die Hauptschule lieb und teuer. Weil die meisten Eltern das anders sehen und alles tun, um ihr Kind wenigstens auf die Realschule zu bringen, muss die Hauptschule wieder einmal aufgewertet werden. In den letzten 30 Jahren hat sie 26 Aufwertungsversuche erlebt, vom Betriebspraktikum über den Quali bis zur freiwilligen zehnten Klasse und dem M-Zweig. Viel hat das nicht gebracht, freiwillig geht nach wie vor fast kein Kind zur Hauptschule. Nun soll es die Mittelschule richten. Im Gesetzentwurf heißt es: "Den Sachaufwandsträgern" - das sind die Städte und Gemeinden - "entstehen durch die Einführung der geplanten Maßnahmen keine Mehrkosten." Dann rechnet das Kultusministerium vor, dass es in den neuen Schulverbänden zwar zusätzliche Busfahrten geben wird, denn die Jugendlichen müssen zur Ganztagschule gefahren werden oder zu einer Schule mit dem beruflichen Profil, das die eigene Schule nicht anbietet. Sehr viele Fahrten würden das aber nicht, heißt es, und mit dem Ausbau der Mittelschule immer weniger. An das Ziel, durch ein besonderes pädagogisches Angebot die Hauptschule attraktiver zu machen, glaubt man im Ministerium offenbar selbst nicht, sonst würde man mit mehr Schülern rechnen statt mit weniger.

Weil ab 2011/2012 auch die Fahrt zur offenen Ganztagschule, die Eltern bisher selbst bezahlen mussten, öffentlich finanziert wird, kämen für die Kommunen zwar noch einige Euro dazu, doch insgesamt hätten diese nicht mehr als 1,6 Millionen Euro im Jahr zu tragen. Ohne Mittelschule und Schulverbände aber würde das erheblich teurer, denn dann müssten Schulen geschlossen und Kinder tagtäglich viel mehr Kilometer in der Gegend herumkutschert werden. Und Gemeinden, die nun eine Ganztagschule einrichten wollen, müssen sich vom Ministerium sagen lassen: An den Kosten für Mensa und Aufenthaltsräume seid ihr selbst schuld. Wer Mittelschule werden will, muss zwar ein Ganztagsangebot haben, aber keine Gemeinde wird zur Mittelschule gezwungen. Einfache Hauptschule bleiben, während rundherum lauter Mittelschulen entstehen? Das kann sich keine Schule leisten. Sie wäre ihre Schülerinnen und Schüler schnell los. Die Staatsregierung behauptet, zu den Schulverbänden und der neuen Mittelschule gebe es keine Alternative, wenn man die wohnortnahe Schule retten wolle. Das sehe ich anders: Wenn Kinder länger

gemeinsam lernen, bleiben sie länger in der Schule am Ort - was spricht also gegen die 6-klassige Grundschule?

### **Lehrerlotsen**

---

Schon heute unterrichten Grundschullehrerinnen und -lehrer in den unteren Klassen des Gymnasium. Sie füllen Personallücken und tragen zur Zusammenarbeit zwischen den Schularten bei. Nicht zuletzt dienen sie Eltern und Kindern als Lotsen beim Übertritt von einer Schulart in die andere. Weil sich das bewährt habe, werden die Lehrerlotsen nun fest im Schulrecht verankert. Sie sollen, wie es im Gesetzentwurf heißt, "die Kenntnisse und das Verständnis der Lehrkräfte für die jeweils anderen Schularten, an die Schülerinnen und Schüler wechseln oder von denen sie kommen, intensivieren und damit die Zusammenarbeit über Schulartgrenzen hinweg verbessern und die Beratung der Eltern optimieren". Das ist schön. Und wäre völlig überflüssig, wenn wir nicht ein derart zersplittertes, in lauter verschiedene Bildungsschubladen aufgeteiltes Schulsystem hätten und Lehrer immer nur für eine einzige Schublade ausgebildet würden. Dann würde sich auch das leidige Problem mit der skandalösen unterschiedlichen Bezahlung unserer Lehrkräfte erübrigen.

### **Die Förderstunde**

---

Eine Förderstunde für die 6. Klasse ab Schuljahr 2010/2011 steht im Nachtragshaushalt. Das ist erfreulich, und die Staatsregierung klopft sich dafür kräftig auf die Schulter. Was sie nicht sagt: Das ist einfach nur die zweite der beiden Stunden, die der 6. Klasse im Zuge der Sparmaßnahmen Mitte der 1990er Jahre weggenommen wurden. Weggenommen mit dem ausdrücklichen Versprechen, sie zurückzugeben, sobald der Schülerberg abgetragen ist.

### **Der leidige Übertritt**

---

Ein Übertrittszeugnis brauchen Eltern künftig nicht mehr zu beantragen. Das gibt es in der vierten Klasse automatisch für alle. Die Eltern werden zum Übertritt ausführlich beraten, und im Übertrittszeugnis stehen nicht nur die Noten, sondern auch, für welche Schulart das Kind geeignet ist. Abgesehen davon, dass vermutlich niemand weiß, was ein Zehnjähriger mit 14 oder 16 leistet - es zählen im Grunde doch wieder nur die Noten. In der Volksschulordnung ist auf das Hundertstel genau festgelegt, welche Notendurchschnitt ein Kind haben muss, um für Realschule oder Gymnasium "geeignet" zu sein. Das setzt Kinder, Eltern und Lehrer spätestens ab der dritten Klasse enorm unter Druck. Die Gelenkkasse in der Fünften ist da kein Trost: Wer danach doch auf eine niedrigere Schulart wechseln muss, erlebt sich als gescheitert. Es wäre klüger, die Kinder wenigstens bis zum Ende der sechsten Klasse gemeinsam lernen zu lassen.

### **Besser Deutsch lernen**

---

Kinder, die nicht gut Deutsch sprechen, haben es in der Schule schwer. Deshalb gibt es in Bayern die Vorkurse Deutsch 240. Kinder ausländischer Eltern lernen im Jahr vor der Einschulung 240 Stunden lang Deutsch. Bedauerlich ist, dass nur Kinder in den Genuss dieser Förderung kommen, deren Eltern beide Migranten sind. Auch andere Kinder hätten es nötig. Fragwürdig ist die im Gesetz festgeschriebene Pflicht für ausländische Eltern, ihr Kind ein Jahr lang in einen Kindergarten mit Sprachförderung zu schicken, wenn es bei der Schulanmeldung nicht ausreichend Deutsch kann. Schließlich darf der Staat nichts vorschreiben, was er nicht auch finanziert. Davon, dass er die Kindergartenkosten übernimmt, ist aber im Gesetzentwurf nichts zu lesen. Geradezu beschämend ist der Umgang der Staatsregierung mit der Muttersprache ausländischer Kinder. Dass diese Kinder

eine zusätzliche Kompetenz besitzen, wird ignoriert. Der muttersprachliche Ergänzungsunterricht ist abgeschafft, obwohl man längst weiß, dass Kinder erst einmal ihre Muttersprache sicher beherrschen müssen, wenn sie eine zweite Sprache gut lernen sollen. In Finnland werden neben Finnisch rund 40 andere Sprachen unterrichtet, denn jedes Kind hat dort einen Rechtsanspruch auf Förderung auch in seiner Muttersprache. Mehrere Sprachen zu sprechen gilt als Vorteil, nicht als Störfaktor für das Lernen der Landessprache. Hier kann Bayern noch viel lernen.

Herzlichst

Ihre Maria Noichl